

ZIB Flash 16:25 (16:25) - Mehr Steuer-Autonomie für Länder?

Maier Gerhard (ORF)

Sollen die Bundesländer in Zukunft mehr eigene Steuern einheben? Eine neue Studie des Institut für höhere Studien sagt: ja. Derzeit sind Länder und Gemeinden für ein Drittel aller Ausgaben verantwortlich, obwohl dort nur ein Bruchteil sämtlicher Einnahmen getätigt werden.

Keuschnigg Christian (IHS - Institut für Höhere Studien)

Wenn Einnahmen- und Ausgabenverantwortung auseinanderfällt, dann gibt es Fehlanreize, zu großes Wachstum des öffentlichen Sektors der dann auch die Bedürfnisse nicht richtig befriedigt.

Maier Gerhard (ORF)

Eine höhere Steuerautonomie der Länder könnte laut Studie effektiver sein und auch in Sachen Transparenz, positive Effekte bringen.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

"Neues Volksblatt" vom 12.02.2015
Ressort: Innenpolitik
Linz

Schelling: Transparenz notwendig

Experten für Steuerautonomie der Länder und Gemeinden — Kompetenzabgrenzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden notwendig

Am Samstag treffen sich die Verhandler der Steuerreformgruppe erneut. Finanzminister Hans Jörg Schelling ist weiterhin zuversichtlich, dass die Regierung bis zum 17. März eine Steuerreform vorlegen kann: Der Termin „ist vereinbart, und der steht“. Schon gestern stellte er klar, dass er trotz des Widerstandes der Gemeinden auf ein einheitliches Haushaltsrecht beharrt. Eine Transparenz über die Finanzströme in Bund, Ländern und Gemeinden sowie eine Vergleichbarkeit sei nur mit einheitlichen Regeln zu gewährleisten. Gleichzeitig kündigte Schelling an, dass er den Kommunen etwas entgegenkommen will. Konkret stellte Schelling in Aussicht, dass es vor allem für kleinere Gemeinde Möglichkeiten gebe, die Dinge zu vereinfachen. Außerdem wären Übergangsfristen möglich, signalisierte der Finanzminister Gesprächsbereitschaft.

Neuen Diskussionsstoff bekamen die Verhandler gestern auch: Das Institut für Föderalismus hat eine Studie über die Möglichkeiten einer von Ländern und Gemeinden in Auftrag gegeben, die von Ex-IHS-Chef Christian Keuschnigg und IHS-Mitarbeiter Simon Loretz erarbeitet wurde. Wichtig sei, dass die Verantwortung über Ausgaben und Steuereinnahmen in einer Hand ist, so Keuschnigg. Fehle diese Verantwortung, so entstünden „Fehlanreize“, weil es zu keinem Steuerwettbewerb und keinen Sparanreizen komme. Befürchtungen, eine würde zu einem „Wettrennen um die niedrigsten Steuern“ führen, teilt Keuschnigg nicht: Denn die Steuerlast sei nur einer der Faktoren für eine Standortentscheidung.

Demokratie stärken

erhöht Steuermoral

Gleichzeitig verwiesen die Autoren darauf, dass nicht im Widerspruch zu einem „solidarischen Finanzausgleich“ stünde. Dieser solle die unterschiedlichen Voraussetzungen der Regionen „maßvoll abfedern“, ein „ruinöser Steuerwettbewerb“ sei weder Ziel noch logische Konsequenz einer. Wichtig wäre es laut Keuschnigg, eine solche Autonomie mit einer deutlichen Stärkung der direkten Demokratie zu verknüpfen: Die Bürger sollten über Ausgaben sowie Steuern zu einem guten Teil selbst entscheiden, dies würde auch die Steuermoral stärken.

Und ebenfalls gestern vorgestellt wurde der vierte Bericht der „Aufgabenreformkommission“. Der Expertenbericht plädiert nun für eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und einen weiteren Ausbau der Transparenzdatenbank zu einer „zentralen Förderdatenbank für alle Förderungen der Republik“. Das Hauptproblem sei nämlich die „Unüberschaubarkeit der Förderungslandschaft“. Außerdem werden die Förderprogramme nicht aufeinander abgestimmt und auch konkrete Kriterien für Erfolg oder Misserfolg vieler Förderung fehlen.

Außerdem sollen Förderungen zeitlich befristet und nur nach positiver Evaluierung verlängert werden - was auf Bundesebene bereits vorgesehen ist, wofür allerdings auch für Landes- und Gemeindeförderungen konkrete Ziele und Indikatoren festgelegt werden müssten. Angeregt wird auch der Umstieg von Basis- zu Projektförderungen. Detail am Rande: Die Gemeinde Wien hat bereits schriftlich mitgeteilt, dem Abschlusspapier der Untergruppe Förderungen „keine Zustimmung“ erteilen zu wollen. Am 13. April wird weiterverhandelt.

Bundesländersteuern würden sparen helfen

Ein Steuerwettbewerb der Länder? In Österreich undenkbar, in der Schweiz ein Segen.

Wien. Ein Mittel, die enorm hohe Steuerbelastung in Österreich zu senken, wäre eine Steuerautonomie der Länder und Gemeinden. Zu diesem Schluss kommt der Wirtschaftsforscher Christian Keuschnigg in einer neuen Studie.

Derzeit hebt der Bund die Steuern ein und gibt im Zuge des Finanzausgleichs ein Drittel der Einnahmen an die anderen Gebietskörperschaften weiter. Das heißt, die Länder und Gemeinden geben Geld aus, für dessen Einhebung sie nicht verantwortlich sind. Die Länder hätten somit keinen Anreiz, sparsam zu sein, sagt Keuschnigg. Denn spare ein Bundesland Geld, müsse es den Sparerlös mit den anderen acht Ländern teilen.

Keuschnigg hält dem das Schweizer System des Steuerföderalismus entgegen. In der Schweiz legen die Kantone die Steuersätze bei der Einkommens- und Unternehmenssteuer fest. Die Bandbreite liegt derzeit zwischen 13,6 und 35,4 Prozent. Dadurch entstehe ein Wettbewerb um die sparsamste Verwaltung, sagt Keuschnigg. Die Schweiz habe deshalb eine wesentlich niedrigere Steuerquote als Österreich. Dass ein Steuerwettbewerb negative Folgen habe, bestreitet der Wirtschaftsforscher. Weder sei es dadurch in der Schweiz zu Sozialabbau gekommen noch hätten sich einzelne Kantone finanziell ruiniert.

Denn erstens gebe es weiterhin einen Finanzausgleich, um benachteiligte Kantone, etwa im Hochgebirge, zu fördern. Und zweitens sei die Steuerhöhe ja nur ein Faktor im Standortwettbewerb der Kantone. Ein anderer Faktor sei etwa die Qualität der staatlichen Aufgabenerfüllung. Dass Länder- und Gemeinde-Steuern die Finanzverwaltung aufblähen würden, bestreitet Keuschnigg. Die Schweiz habe eine viel billigere Finanzverwaltung als Österreich, wo vor allem die Administrierung der zahlreichen Steuerausnahmen die Kosten in die Höhe treibe.

Peter Bußjäger, Chef des Föderalismus-Instituts, hat diese Studie in Auftrag gegeben. Er ruft den Bund dazu auf, die Sparpotenziale des Steuerföderalismus zu nutzen. Gerade die Suche nach Geld für die Steuerreform sei der ideale Anlass für eine derartige Reform.pur

Wiener Zeitung

Die SPÖ wird ihre Forderungen nach vermögensbezogenen Steuern vermutlich nicht durchbringen, sagen Insider. Gleichzeitig könnte die von der ÖVP seit langem geforderte Steuerautonomie der Länder nun Realität werden.

Erbschafts- und Schenkungssteuer sind nicht mehr wahrscheinlich

Bettina Figl und Petra Tempfer

Wien. Keine Erbschaftssteuer, keine Schenkungssteuer. Laut gut informierten Kreisen wird die SPÖ bei der Steuerreform ihre Forderungen nach vermögensbezogenen Steuern nicht durchbringen. „Dass die Erbschafts- und Schenkungssteuer kommen, ist unwahrscheinlich, und auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nicht mehr im Gespräch“, heißt es zur „Wiener Zeitung“. Noch im Gespräch sollen Erhöhungen bei Mehrwertsteuerausnahmen und der Grundsteuer sowie die Senkung der Lohnnebenkosten sein. Auch bei der Millionärsabgabe sei noch vieles in Schweben. Wie die Steuerreform gegenfinanziert werden soll, ist also noch offen.

Aus dem Finanzministerium will man all das nicht bestätigen, und man verweist auf die laufenden Verhandlungen. Am 17. März will die Koalition ihre Ergebnisse der Verhandlungen zur Steuerreform präsentieren.

Unterdessen haben Wirtschaftsverbände erneut gegen die Vermögenssteuern mobilisiert. Diese seien „unintelligent und ein europäisches Auslaufmodell“, so der frühere ÖVP-Abgeordnete Günter Stummvoll, Sprecher der „Steuer-Informationskampagne des österreichischen Mittelstands“ vor Journalisten.

„Vermögenssteuern treffen den Mittelstand“

Zusammen mit Vertretern von elf Wirtschaftsorganisationen bekräftigte Stummvoll die Kritik an möglichen Vermögensabgaben zur Gegenfinanzierung der Steuerreform. „Sie treffen den Mittelstand, gefährden Arbeitsplätze und sind extrem bürokratieintensiv“. Schon jetzt sei Österreich Umverteilungsweltmeister und habe die fünfthöchste Abgabenquote aller EU-Staaten. Die Debatte um neue Steuern sei ein „Ablenkungsmanöver“ vom tatsächlichen Problem, nämlich den zu hohen Staatsausgaben. Wenn man vorhabe, die Steuerzahler um fünf Milliarden zu entlasten, müsse man auf der Ausgabenseite genauso um fünf Milliarden kürzen. Auf den Einwand, dass Ausgabensenkungen oft erst nach langer Zeit ihre budgetentlastende Wirkung entfalten, entgegnete Stummvoll: „Dann müssen die Steuersenkungen eben auch in Etappen erfolgen.“ Sehr wohl müsse der Zeitplan aber jetzt festgelegt werden.

Der ÖGB wies die Kritik der Wirtschaftsverbände an Vermögenssteuern zurück und betonte, dass diese zur Gegenfinanzierung der überfälligen Lohnsteuerentlastung notwendig seien. Der Leitende Sekretär Bernhard Achitz sagte, dass davon allerdings nicht der Mittelstand betroffen sein solle, sondern die Millionäre.

Finanzausgleich nach Steuerreform

Ist die Steuerreform einmal beschlossen, will Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) den Finanzausgleich angehen. „Vermutlich im Mai“ soll es eine Kick-off-Veranstaltung mit allen Verhandlern geben, sagt er. Sie sollen bis Ende 2015 alle Kapitel abarbeiten, um 2016 (Ende 2016 läuft der derzeitige Finanzausgleich aus) ausreichend Zeit für politische Nachjustierungen und die legislative Umsetzung zu haben.

Im Zuge des Finanzausgleichs soll laut Ministerium ein zentrales Thema mitdiskutiert werden, was jahrzehntelange Debatten zu einem Ende bringen könnte: jenes über die Steuerautonomie der Länder. Als Beispiel wird gerne die Schweiz herangezogen. Hier können Kantone über Ausgaben und Steuern selbst

entscheiden. Fehlt diese Verantwortung, entstünden „Fehlanreize“, weil es zu keinem Steuerwettbewerb und keinen Sparanreiz komme, ist das Resümee einer am Mittwoch präsentierten Studie des Instituts für Föderalismus. Befürchtungen, dass ein Wettrennen um die niedrigsten Steuern die Konsequenz daraus wäre, sind laut Studie unbegründet: Die Steuerlast sei nur einer der Faktoren für eine Standortentscheidung.

Ex-IHS-Direktor Christian Keuschnigg, der an der Studie mitgearbeitet hat, verwies auch hier auf die Schweiz: Kantone mit Standortnachteilen können durch niedrige Steuern gegensteuern. Wien könne daher seiner Ansicht nach höhere Steuern vertragen als etwa das Waldviertel.

Grundsätzlich machen sich die ÖVP-regierten Länder (fünf von neun) seit langem für eine Steuerhoheit stark, die SPÖ-geführten sind dagegen. Erwin Pröll (ÖVP), Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz und Landeshauptmann von Niederösterreich, begrüßt die Studienergebnisse. „Die Erkenntnisse decken sich mit meinen Überlegungen zum Thema Steuerhoheit der Länder. Dieses Thema wird bei den Finanzausgleichsverhandlungen zu behandeln sein“, sagt er zur „Wiener Zeitung“.

Finanzminister will ergebnisoffen diskutieren

Zuletzt hatte Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) Steuerautonomie gefordert, sein steirischer Kollege Franz Voves (SPÖ) sprach sich parallel dazu gegen einen „Steuerfleckerlteppich“ aus. Platter hofft nun freilich, in Schelling einen Verbündeten gefunden zu haben – dieser betont allerdings, dass die Entscheidung bei den Ländern liege. Man müsse ergebnisoffen über die Vor- und Nachteile einer Steuerhoheit diskutieren, heißt es zur „Wiener Zeitung“ aus dem Ministerium. Ob in letzter Konsequenz die Mehrheit der Länder tatsächlich für eine Steuerautonomie eintritt, bleibt fraglich. Denn mehr Autonomie bedeutet auch mehr Arbeit und Verantwortung.

Milliarden Euro Steuerentlastung sind geplant.

Steuerhoheit für Regionen? Österreich soll Schweiz werden

Initiative. Höhere Steuern in Wien als im Waldviertel denkbar: Wenn Abgaben unterschiedlich sind, nütze das allen, sagt Experte Keuschnigg.

von Philipp Aichinger

Wien. Ein Steuerwettbewerb sei nicht ruinös. Nein, er biete vielmehr durch den Druck auf Länder oder Gemeinden Anreize, die Ausgaben in der Verwaltung niedrig zu halten. Das ist nur eine der Thesen, mit denen Christian Keuschnigg, früherer Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), für eine grundlegende Reform des Steuersystems wirbt. Laut ihm hätte es mehrere Vorteile, wenn Regionen wichtige Steuern selbst einheben. Und nicht - wie jetzt - die Länder vor allem über den Finanzausgleich Geld vom Bund bekommen.

Peter Bußjäger, Verfassungsjurist und Direktor des in Innsbruck ansässigen Instituts für Föderalismus, hatte bei Keuschnigg eine wissenschaftliche Broschüre zum Thema in Auftrag gegeben. Sie wurde am Mittwoch in Wien präsentiert. Damit wolle man die Debatte ins Laufen bringen, sagte Bußjäger. Auch wenn sich im jetzigen System "alle wohlfühlen". Aber eine Änderung des Systems hätte durchaus Vorteile.

Als großes Vorbild dient die Schweiz. Keuschnigg, Professor an der Uni St. Gallen, betont, dass die Kantone dort sehr unterschiedliche Steuersätze haben. Die Steuerhöhe sei aber nur ein Teilaspekt bei der Frage, wo sich ein Unternehmen ansiedelt. So könnte in Österreich etwa die schon attraktive Metropole Wien einen höheren Steuersatz vertragen als das Waldviertel. Für Letzteres böte sich aber so die Chance, durch Anreize mehr Unternehmen an sich zu binden.

Angst vor Wegzug wirkt präventiv

Wobei in der Schweiz Bürger und Firmen gar nicht so häufig umziehen, um woanders Steuervorteile zu genießen. Aber allein das Wissen, dass es einen Wettbewerb der Kantone gibt, führe dazu, dass Verwaltungsausgaben möglichst gering gehalten werden, so Keuschnigg. "Und Steuerwettbewerb ist auch mit einem solidarischen Finanzausgleich vereinbar", meint der Volkswirtschaftler. So greifen in der Schweiz Kantone, die wegen ihrer Ressourcen, ihrer geografischen Lage oder wegen ihrer Bevölkerungsstruktur privilegiert sind, den anderen unter die Arme. Dieser Ausgleich wird per Bundesgesetz geregelt. Ein Aspekt komme der Schweiz zudem sehr zugute, sagt Keuschnigg: die direkte Demokratie. Wenn Bürger über Ausgaben selbst entscheiden, stärke das die Zahlungsmoral.

Freilich gibt es auch Experten, die eine Stärkung des Bunds präferieren. Franz Fiedler, einst Vorsitzender des Österreich-Konvents, hat erst kürzlich betont, dass mehr Kompetenzen und eine Steuerhoheit für die Länder nur die zweitbeste Variante wäre. Besser wäre es, dem Bund mehr Aufgaben zu geben und so die Verwaltung zu straffen.

Förderungen: Wien gegen Reformpläne

Apropos Bund-Länder-Verhältnis: In ihrem Bericht zum Thema Förderungen schlägt die von der Regierung eingesetzte Aufgabenreformkommission unter Verwaltungsgerichtshof-Präsident Rudolf Thienel nun eine klare Abgrenzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor. Zudem soll die Transparenzdatenbank ausgebaut werden. So will man das Problem der Mehrfachförderungen in den Griff bekommen. Momentan gebe es eine "Unüberschaubarkeit der Förderungslandschaft", heißt es im Bericht.

13 Milliarden Euro wurden 2013 für Förderungen ausgegeben; Davon kamen 6,2 Mrd. Euro vom Bund (ohne EU-Beiträge und Bankenhilfen), 3,7 Mrd. von den Ländern, 2,9 Mrd. von den Gemeinden und 202 Mio. Euro von den Sozialversicherungen. Weiters schlägt die Kommission vor, dass es Förderungen nur

befristet und nach einem positiver Evaluierungsergebnis geben soll. Auf Bundesebene ist das schon vorgesehen.

Das Land Wien hat aber angekündigt, dem Papier der Expertengruppe zum Thema Förderungen keine Zustimmung zu erteilen.

LändersollenmehrSteuerneinheben

Studie belegt belebende Wirkung von Steuerwettbewerb in Staaten.

WIEN. Wer Geld ausgibt, sollte auch für das Eintreiben verantwortlich sein, findet das Institut für Föderalismus und beauftragte eine Studie, die Argumente für diesen Standpunkt zusammentragen sollte. Christian Keuschnigg, der ehemalige Chef des Instituts für Höhere Studien, und sein einstiger Mitarbeiter Simon Loretz haben diese Studie am Mittwoch präsentiert.

Keuschnigg, der im Schweizer St. Gallen lehrt, führt immer wieder die Eidgenossenschaft als praktisches Beispiel an. Hier zeige sich, dass Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen keineswegs zu einem Wettbewerb um die niedrigsten Steuern führe, sagte Keuschnigg. Auch lasse sich Steuerwettbewerb durchaus mit der Idee des Finanzausgleichs für strukturschwache Regionen vereinen. "Regionale Autonomie und Steuerverantwortung gehören zusammen", sagt Keuschnigg.

Mehr Bürgernähe

Vergleiche zeigen auch, dass Steuerwettbewerb nicht zur Verteuerung der Einhebung führen muss. Die Schweiz gibt dafür wesentlich weniger aus als Österreich. Voraussetzung sei, dass die Bemessungsgrundlage nicht von Kanton zu Kanton variere. Generell führe dieses System zu mehr Bürgernähe. Die Steuerzahler würden eher als Kunden und weniger als Melkkühe gesehen, sagt Keuschnigg. In der Schweiz führe das auch zu höherer Zufriedenheit der Steuerzahler und dadurch auch zu geringerer Steuerflucht.

Peter Bußjäger, der Direktor des Instituts für Föderalismus und Auftraggeber, sieht zudem derzeit eine wachsende Bereitschaft in den Ländern, sich mit der Frage des Steuerwettbewerbs zu beschäftigen. Der Finanzminister wolle diesbezüglich demnächst eine Arbeitsgruppe einsetzen.

Experten für mehr Steuerautonomie der Bundesländer

Wien – Das Institut für Föderalismus tritt für mehr Steuerautonomie der Länder und Gemeinden ein. Das derzeitige System sei intransparent, führe zu einer ineffizienten Verwendung der Geldmittel – und die Verantwortlichkeiten würden verloren gehen, sagte Institutsdirektor Peter Bußjäger am Mittwoch. Die Steuerreform sieht er als Chance, Schritte in Richtung Autonomie zu setzen.

Das Institut hat eine Studie über die Möglichkeiten einer Steuerautonomie von Ländern und Gemeinden in Auftrag gegeben, die von Ex-IHS-Chef Christian Keuschnigg und IHS-Mitarbeiter Simon Loretz erarbeitet wurde. Wichtig sei, dass die Verantwortung über Ausgaben und Steuereinnahmen in einer Hand ist, sagte Keuschnigg bei Vorstellung der Studie. Fehle diese Verantwortung, so entstünden „Fehlanreize“, weil es zu keinem Steuerwettbewerb und keinen Sparanreizen komme. Befürchtungen, eine Steuerautonomie würde zu einem „Wettrennen um die niedrigsten Steuern“ führen, teilt Keuschnigg nicht: Die Steuerlast sei nur einer der Faktoren für eine Standortentscheidung. Er verwies auf die Schweiz, wo Kantone mit Standortnachteilen durch niedrige Steuern gegensteuern könnten. Die Steuerautonomie stehe auch nicht im Widerspruch zu einem „solidarischen Finanzausgleich“. Dieser solle die unterschiedlichen Voraussetzungen der Regionen „maßvoll abfedern“, ein „ruinöser Steuerwettbewerb“ sei weder Ziel noch Konsequenz der Autonomie.

Wichtig wäre es laut Keuschnigg, diese mit einer Stärkung der direkten Demokratie zu verknüpfen: Die Bürger sollten über Ausgaben wie Steuern teilweise selbst entscheiden, was auch die Steuermoral stärken würde. (APA)

ZIB 13 (13:00) - Experten für Steuerautonomie der Länder

Fenderl Birgit (ORF)

Sollen die Bundesländer in Zukunft mehr eigene Steuern einheben? Diese Frage wird in Österreich seit Jahren ja immer wieder diskutiert. Das Institut für Höhere Studien hat sich jetzt näher mit dieser Frage beschäftigt und die Situation in Österreich mit der in der Schweiz verglichen. Das Ergebnis: Eine höhere Steuerautonomie der Länder könnte effektiver sein und auch in Sachen Transparenz positive Effekte bringen.

Fink Kaspar (ORF)

Der Bund auf der einen Seite, die Länder und die Gemeinden auf der anderen. In Österreich werden die Finanzen zwischen den Ebenen über den Finanzausgleich geregelt. Allerdings: Laut der IHS-Studie, die im Auftrag des Instituts für Föderalismus erstellt wurde, sind Länder und Gemeinden für ein Drittel der Ausgaben verantwortlich. Aber: Nur knapp sechs Prozent der Einnahmen werden dort getätigt. Ex-IHS-Chef Keuschnigg hält eine höhere Steuerautonomie der Länder deshalb für sinnvoll.

Keuschnigg Christian (IHS - Institut für Höhere Studien)

Wenn Einnahmen- und Ausgabenverantwortung auseinanderfällt, dann gibt es Fehlanreize, zu großes Wachstum des öffentlichen Sektors, der dann auch die Bedürfnisse nicht richtig befriedigt.

Fink Kaspar (ORF)

Die Gefahr, dass sich die Länder gegenseitig unterbieten und eine Abwärtsspirale in Gang setzen, sieht Keuschnigg nicht. In der Schweiz habe sich gezeigt, dass Kantone wie etwa Zürich durchaus höhere Steuern verlangen können. Weil sie mit anderen Dingen, etwa einem attraktiven Standort punkten.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medien-spezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.

Länder sollen mehr Steuern einheben

Studie belegt belebende Wirkung von Steuerwettbewerb in Staaten.

WIEN. Wer Geld ausgibt, sollte auch für das Eintreiben verantwortlich sein, findet das Institut für Föderalismus und beauftragte eine Studie, die Argumente für diesen Standpunkt zusammentragen sollte. Christian Keuschnigg, der ehemalige Chef des Instituts für Höhere Studien, und sein einstiger Mitarbeiter Simon Loretz haben diese Studie am Mittwoch präsentiert.

Keuschnigg, der im Schweizer St. Gallen lehrt, führt immer wieder die Eidgenossenschaft als praktisches Beispiel an. Hier zeige sich, dass Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen keineswegs zu einem Wettbewerb um die niedrigsten Steuern führe, sagte Keuschnigg. Auch lasse sich Steuerwettbewerb durchaus mit der Idee des Finanzausgleichs für strukturschwache Regionen vereinen. „Regionale Autonomie und Steuerverantwortung gehören zusammen“, sagt Keuschnigg.

Mehr Bürgernähe

Vergleiche zeigen auch, dass Steuerwettbewerb nicht zur Verteuerung der Einhebung führen muss. Die Schweiz gibt dafür wesentlich weniger aus als Österreich. Voraussetzung sei, dass die Bemessungsgrundlage nicht von Kanton zu Kanton variere. Generell führe dieses System zu mehr Bürgernähe. Die Steuerzahler würden eher als Kunden und weniger als Melkkühe gesehen, sagt Keuschnigg. In der Schweiz führe das auch zu höherer Zufriedenheit der Steuerzahler und dadurch auch zu geringerer Steuerflucht.

Peter Bußjäger, der Direktor des Instituts für Föderalismus und Auftraggeber, sieht zudem derzeit eine wachsende Bereitschaft in den Ländern, sich mit der Frage des Steuerwettbewerbs zu beschäftigen. Der Finanzminister wolle diesbezüglich demnächst eine Arbeitsgruppe einsetzen.

Experten raten: Länder sollen selbst Steuern einheben

WIEN. Er wolle "ergebnisoffen" über mehr Steuerautonomie für die Länder reden, hatte der Landeshauptleute-Vorsitzende Erwin Pröll (VP) zuletzt mit Blick auf die Verhandlungen zum Finanzausgleich angekündigt. Den Ruf nach mehr steuerlicher Eigenverantwortung für Länder und Gemeinden haben das Institut für Föderalismusforschung und Ex-IHS-Chef Christian Keuschnigg nun aufgegriffen.

Derzeit hebt der Bund knapp 95 Prozent aller Steuern und Abgaben ein und gibt diese anteilmäßig an Länder (21 Prozent) und Gemeinden (11 Prozent) weiter. Das sei "ein Fehlanreiz", weil es zu keinem Steuerwettbewerb und zu keinen Sparanreizen komme. Wichtig sei aber, dass die Verantwortung für Ausgaben und Einnahmen in einer Hand liege, verwies Keuschnigg auf das Modell Schweiz.

Kein ruinöser Wettbewerb

Dort zeige sich, dass es durch Steuerautonomie nicht zum ruinösen Wettbewerb gekommen sei: Denn Kantone mit Standortnachteilen könnten mit niedrigeren Steuern gegenlenken. Starke Regionen mit Vorteilen müssten wegen höherer Tarife dennoch keine Massenabwanderung befürchten.

In der Schweiz werde nur die Mehrwertsteuer "zu 100 Prozent vom Bund" eingehoben. Einkommens- und Körperschaftssteuern fließen hauptsächlich den Kantonen zu. In Österreich habe sich unter den Ländern die Bereitschaft zu mehr Steuerautonomie "zweifelloos ausgeweitet", betonte der Direktor des Föderalismusinstituts, Peter Bußjäger. Die Frage sei, wie weit der Bund dem entsprechen wolle.

Werben mit den Steuersätzen

Wien - Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern ist gefährlich? Der Wirtschaftsforscher Christian Keuschnigg und Peter Bußjäger vom Institut für Föderalismus widersprechen vehement. Keuschnigg, Wirtschaftsprofessor in St. Gallen und Ex-Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), hat Auswirkungen eines Steuerwettbewerbs zwischen Regionen untersucht. Er sieht praktisch nur Vorteile. Vor allem würde die Verantwortung von Einnahmen und Ausgaben zusammengeführt und so Anreize zum Sparen gesetzt.

Keuschnigg geht dabei weiter als bisherige österreichische Überlegungen, die sich nur auf Abgaben wie die Grundsteuer beziehen, um einen innerösterreichischen Steuerwettbewerb zu verhindern. Er würde den Wettbewerb sogar fördern und Abgaben wie die Einkommens- oder die Unternehmenssteuern flexibel gestalten. Befürchtungen, dass dieser Wettbewerb ruinös sein könnte, teilt er nicht: "Es kommt auf das Gesamtpaket an." Der Kanton Zürich etwa biete so viele Vorteile, dass er auch höhere Steuern einheben könne, ohne Abwanderung fürchten zu müssen.

Abgelegene Regionen wie das Waldviertel in Niederösterreich hingegen könnten die Möglichkeit bekommen, mit niedrigeren Steuersätzen zu werben.

Ein solidarischer Finanzausgleich, wo reichere Regionen die ärmeren unterstützen, sei dennoch möglich, betonte der Experte, wieder mit Hinweis auf die Schweiz. Auch die Kosten für das Steuereinhebung würden nicht steigen, solange die Basis für die Berechnung der Abgaben bundesweit einheitlich sei.

Bußjäger will mit der Studie eine Diskussion in Gang setzen. Bei den Bundesländern ortet er zunehmende Bereitschaft dazu. (sabl)